



Blattverkaufspreis in Breslau 2 Sgr., außerhalb incl. Porto 2 Sgr. 11/2 Sgr. Anzeigengebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilage 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 164. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 9. April 1863.

### Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Dresden, 8. April.** Eine Wiener Correspondenz des „Dresdener Journals“ versichert, daß der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Carolyi, den neuesten Bestimmungen zufolge auf seinem dortigen Posten verbleiben werde.

**Brüssel, 7. April.** Das Regierungsorgan glaubt, die Conferenzen, welche die von jeder einzelnen Nation zu tragende Quote an der Ablösung des Scheldesollens zu bestimmen haben würde, könne bereits Ende April zusammentreten. (S. N.)

### Preußen.

**Berlin, 9. April.** [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Steuer-Einnehmer Gottschow zu Rees den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Rittmeister A. D. von Falkenhayn, zuletzt Escadronsführer bei der Kavallerie des Bataillons (Sorau) 2. Brandenburgischen Landwehr-Regiments Nr. 12, und dem Componisten Reyer zu Paris den königl. Kronen-Orden vierter Klasse, sowie dem bisherigen Gemeindevorsteher Tiemann zu Vessel im Kreise Lübecke das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Kreis-Gerichtsdirektor Ackermann in Neidenburg den Charakter als Geheimer Justizrath; und dem Commerzienrath August Wilhelm Frisch in Königsberg den Charakter als Geheimer Commerzienrath zu verleihen; so wie dem Ober-Bürgermeister von Oldershausen zu Erfurt, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, als ersten Bürgermeister der Stadt Erfurt auf eine fernere zwölfsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

Der bisherige Kreisrichter Neumann in Belgard ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Bütow, und zugleich zum Notar im Departement des königl. Appellationsgerichts zu Coblenz, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Kummelsburg ernannt worden.

Die Berufung des Oberlehrers an der Realschule in Posen, Carl Paulsiet, zum Oberlehrer an der Realschule in Magdeburg ist genehmigt worden.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Regierungs-Referendarius Grafen Alfred zu Stolberg-Stolberg in Münster und dem Rittergutsbesitzer Grafen Rudolph von Schaesberg auf Krickenbeck im Kreise Geldern zur Anlegung des ihnen verlebten Johanniter-Maltheiser-Ordens, sowie dem Geheimen Kommissions-Rath Dreyse, Unternehmer der Gewerfabrik zu Sommerda, zur Anlegung des ihm verlebten Ritterkreuzes des herzoglich sachsen-erzsteinischen Haus-Ordens die Erlaubnis zu erteilen. (Staatsanz.)

**Berlin, 8. April.** [Se. Majestät der König] nahmen heute Vormittag von 11 Uhr ab den Vortrag des Civil-Kabinetts entgegen und ertheilten hierauf dem Legations-Rath bei der königl. Gesandtschaft in Wien, Graf zu Solms-Sonnenwalde, um 1 1/2 Uhr eine Audienz.

[Ihre Majestät die Königin] sind gestern Abend nach Weimar abgereist.

**Berlin, 8. April.** [Dr. Cohen.] Die „Berl. Allg. Zeitung“ schreibt: Mit lebhaftem Bedauern melden wir den plötzlichen Tod eines geistvollen Mitarbeiters, Dr. Gottfried Cohen. Er starb in Hamburg nach kurzem Krankenlager in der Nacht vom 29. auf den 30. März. Von ihm waren die Briefe über volkswirtschaftliche Gegenstände und ähnliche Feuilleton-Artikel. Bemerkenswert war hauptsächlich sein Streben, die abstracten Gesetze der National-Ökonomie mit den höheren Principien ewiger Humanität in schönen Einklang zu bringen.

[Die Grenzbesetzung dauert fort.] Seitens des Kriegsministeriums sollen die Kontrakte mit verschiedenen Lieferanten, welche Lieferungen für die Kruppentheile in der Provinz Posen übernommen haben, verlängert sein.

[Die Gewerke am 17. März.] Die feudale Correspondenz hatte den Magistrat und namentlich den Commissarius desselben beschuldigt, das Ausbleiben der Gewerke bei der Feier des 17. März veranlaßt zu haben. Infolge dessen haben die Vorstände und die Vertreter der hiesigen Tischler- und Stuhlmacher-Zunft in ihrer Sitzung am 1. April die Erklärung abgegeben, daß sie „wegen der obschwebenden traurigen Lage der Staatsverhältnisse“ der Feier nicht haben beizuwohnen können.

\* **Berlin, 8. April.** [Der Vorschlag der „Nordd. Allg. Z.“ zur Beendigung des Verfassungs-Conflicts], der bereits durch den Teleg. gemeldet worden, lautet wörtlich wie folgt: Die Regierung soll erklären, daß sie bereit ist, den Conflict über den Verfassungsfreit zu beenden und ihn gleichzeitig für die Zukunft unmöglich zu machen, indem sie, sei es durch ein Gesetz, sei es durch einen Zusatz-Artikel der Verfassung:

„Das Recht der Bewilligung neuer Steuern und der Bewilligung des jährlichen Extraordinariums von der Zustimmung des Abgeordnetenhauses ausdrücklich abhängig macht, und das bereits verfassungsmäßig bestehende Recht der Theilnahme des Abgeordnetenhauses an der Verwendung der laufenden Staatseinkünfte constatirt, dann aber ebenso ausdrücklich, für den Fall einer Nichtvereinbarung des Budgetgesetzes, das gesetzliche Recht der Regierung feststellt, die Staatseinkünften nach der Norm des letzten gesetzlich feststehenden Budgets zu leisten.“

K. C. **Berlin, 8. April.** [Aus den handelspolitischen Vorlagen der Regierung] über die Verhandlungen mit Belgien, ist der wesentliche Inhalt bereits vor acht Tagen bekannt geworden. Seitdem ist auch der Wortlaut des am 28. März mit Belgien unterzeichneten Protokolls veröffentlicht. Es erübrigt, aus der Denkschrift der Regierung das Wichtigste mitzutheilen.

Seit 1854 hatten die vertragsmäßigen Verhältnisse zwischen dem Zollverein und Belgien aufgehört; doch blieben wesentliche Bestimmungen der früheren Verträge thatsächlich aufrecht erhalten, obgleich sie rechtlich nicht mehr verbindlich waren. Man gewährte sich gegenseitig mögliche Erleichterungen. Aber derjenige Theil der Verträge, welcher den eigentlichen Schwerpunkt derselben bildete, nämlich die auf gegenseitige Tarifbegünstigungen bezüglichen Bestimmungen, trat außer Kraft. „Belgien hörte auf, im Zollverein begünstigt zu sein; der Zollverein verlor die Theilnahme an dem Einfuhr-Erleichterungen, welche Belgien an Frankreich zugestanden und durch den Vertrag vom 1. September 1844 auf den Zollverein übertragen hatte, und fand auf dem belgischen Markte bei dem Abgange eines Theiles seiner Stapel-Artikel einen bei der Einfuhr dieser Artikel begünstigten Concurrenz, während Belgien auf dem vereinsländischen Markte einer durch Zoll-Erleichterungen begünstigten Concurrenz für seine Stapel-Artikel nicht begegnete, denn gerade für diese Artikel waren die, durch den Vertrag vom 19. Februar 1853 an Oesterreich gewährten Zoll-Erleichterungen theils nach der Natur der Sache, theils nach der gemachten Erfahrung, ohne fühlbare Bedeutung. Dieses, der handelspolitischen Stellung des Zollvereins so wenig, als dem Interesse der vereinsländischen Gewerbjamieit entsprechende Verhältnis erhielt durch den Abschluß des Handelsvertrages zwischen Frankreich und Belgien vom 1. Mai 1861, eine, für den Zollverein noch nachtheiligere Gestaltung.“

Die neuesten Verträge Belgiens mit England und der Schweiz drohen diese Lage noch zu verschlimmern. Schon im vorigen Jahre hatte Belgien sich bereit erklärt, seinen neuen Tarif unter entsprechenden Gegenleistungen

auch auf die vereinsländischen Erzeugnisse in Anwendung zu bringen. „Nach vor Paraphirung der am 2. August vor. J. unterzeichneten Verträge mit Frankreich richtete es an Preußen in amtlicher Form den Antrag auf Eröffnung von Verhandlungen zu dem Zweck, um den gegenseitigen Erzeugnissen beiderseits die nämliche Behandlung wie den Erzeugnissen Frankreichs zu sichern, vorbehaltlich der durch besondere Interessen etwa veranlaßten Zusätze und Nachgaben. Dieser Antrag entsprach vollkommen den Absichten der Staatsregierung. Wie sie bei ihren Verhandlungen mit Frankreich überhaupt davon ausgegangen war, daß die diesem Lande zu machenden Zugeständnisse zu verallgemeinern seien, so hatte sie diese Generalisirung, insbesondere auch Belgien gegenüber, vom ersten Augenblicke an ins Auge gefaßt und sich nur vorbehalten, dieselbe von entsprechenden Gegenständen Belgiens abhängig zu machen. Ihre Mittheilungen an ihre Zollverbündeten und an die Landesvertretung sprachen diesen Gesichtspunkt mit voller Bestimmtheit aus. Sie säumte deshalb nicht, die ihr von Belgien gemachte Eröffnung zur Kenntniß der übrigen Vereinsregierungen zu bringen und diese um ihre Zustimmung zur Eröffnung von Verhandlungen mit Belgien auf der bezeichneten Grundlage zu ersuchen. Der bekannte Verlauf, welchen die Verhandlungen über die Verträge mit Frankreich genommen haben, entzog der Verhandlung mit Belgien von vornherein ihre Grundlage und ließ deshalb deren Eröffnung nicht zu. Die Gleichstellung des Zollvereins mit den in Belgien begünstigten Ländern ohne Zugeständnis von seiner Seite konnte nach Lage der Verhältnisse ebensowenig in Aussicht genommen werden, als eine Vertheidigung mit den Vereinsregierungen über Art und Maß solcher Zugeständnisse. Die Staatsregierung hatte die Ansicht vor sich, daß der vereinsländische Gewerbleiß, während er von dem französischen ausgeschlossen blieb, auch den gewohnten Abzug nach dem belgischen Markte verloren haben werde, bevor es gelangen würde, für einen Vertrag mit Belgien, also für die Abwendung dieses Verlustes, eine zulässige Grundlage zu finden.“

„Eine solche Grundlage zeigte sich in der von Belgien angeregten Ablösung des Scheldesollens.“ Dieser Scheldesoll wird von Holland erhoben, kommt der holländischen Staatskasse zu Gute. Aber im Interesse seines Handels Antwerpen erläßt ihn Belgien freiwillig den Schiffen aller Nationen, die holländischen ausgenommen. Im Jahre 1861 hat Belgien so über zwei Millionen Francs gezahlt. „Es lag daher nahe, daß es die erste sich darbietende Gelegenheit benutzte, um daran zu erinnern, daß ihm eine unabweisliche Verpflichtung zur Zahlung des Scheldesollens nicht obliege.“ Es hat mit Dänemark beim Sundzoll, mit Hannover beim Stader-Zoll concertirt und hat im Laufe des Jahres 1861 zum Behuf der Ablösung des Scheldesollens den Vorschlag an die betheiligten Mächte gerichtet, „aber eine von den an der Scheldeschiffahrt betheiligten Staaten im Verhältnis dieser Betheiligung aufzubringende Capital-Abfindung Niederlands für das Recht zur Erhebung des Scheldesollens in Unterhandlung zu treten.“ In Folge dessen hat sich England im Januar d. J. bereit erklärt, sich an einer Ablösung des Scheldesollens zu betheiligen, sofern das gesammte Ablösungscapital nicht mehr als 36 Mill. Francs betrage, Belgien ein Drittel dieses Capitals übernehme, die übrigen zwei Drittel von den anderen Staaten im Verhältnis ihrer Betheiligung an der Scheldeschiffahrt aufgebracht würden und der Anteil Großbritanniens an diesen zwei Dritttheilen eine Summe von 8,782,320 Francs nicht übersteige.“ Nachdem nun ferner die inzwischen mit den Niederlanden angeknüpften Verhandlungen Aussicht auf eine Verständigung gewährten, brachte Belgien die Betheiligung bei der Ablösung des Scheldesollens als Grundlage einer Verständigung mit Preußen über kommerzielle Fragen in Vorschlag. Die preussische Regierung ist auf diese bestimmten Ablösungsplan eingegangen, da einmal Belgien dabei ein großes Opfer bringen will und andererseits die Berechnung für Preußen nach einem billigen Durchschnitt (der letzten 6 Jahre) statfindet. Entscheidend ist die Verbindung der Ablösung mit dem Zolltarife. Die Verluste, von welchen der vereinsländische Gewerbleiß bedroht wird, wenn der Zollverein von den Begünstigungen ausgeschlossen bleibt, deren Großbritannien, Frankreich und die Schweiz aus dem belgischen Markte genießen und genießen werden, sind zwar im vollen Umfange, mit Sicherheit nicht zu schätzen; es läßt sich indessen im allgemeinen Umrisse das Object bezeichnen, welches in Frage steht. Nach einer beigefügten Nachweisung erreichte der Verbrauch Belgiens an solchen, aus dem Zollverein eingeführten Waaren, für welche den vorhergenannten drei Staaten Begünstigungen zuteil, im Durchschnitt der sechs Jahre 1856-61 den Werth von etwa 3 1/2 Mill. Thlr. Es ist also jedenfalls, ein beachtenswerther Theil der vereinsländischen Ausfuhr bei der Frage interessant, die meisten Stapelartikel des einheimischen Gewerbleißes und eines der wichtigsten Bodenproducte des westlichen Vereinsgebietes sind dabei betheiligte, und bei den bestehenden Concurrenz-Verhältnissen kann der Abzug fast aller dieser Gegenstände eben so leicht durch differentielle Begünstigung der gleichartigen Erzeugnisse dritter Länder ausgeschlossen, als durch Einfuhr-Erleichterungen gefördert werden. Es erhebt sich wohl eines Zugeständnisses werth, diesen Abzug nicht ausgeschlossen, sondern gefördert zu sehen, namentlich, wenn das Zugeständnis auch noch anderweitige Vortheile in Aussicht stellt. Und an solchen Vortheilen fehlt es nicht. Allerdings ist für Belgien die Aufrechthaltung der Concurrenz mit Niederland bei der Vermittlung des Waarenverkehrs zwischen dem westlichen Deutschland und der See ein Interesse von der größten Bedeutung, aber auch Preußen hat Werth darauf zu legen, daß diese Vermittlung so mobil als möglich erfolge, und es daher als einen Vortheil anzusehen, wenn die Generalabfindung derselben in Belgien auf dauernde Weise ermäßigt, beziehungsweise vor einer Erhöhung, wie solche die Einstellung der Erstattung des Scheldesollens zur Folge haben würde, gesichert werden. Es hat diesen Vortheil um so höher anzuschlagen, als es sich dabei zugleich um ein beachtenswerthes Interesse seiner Abrede handelt.“

„Es war endlich noch ein Gesichtspunkt allgemeiner Art, welcher Beachtung verlangte. Die Bedeutung Belgiens als Markt für vereinsländische Erzeugnisse, als Vermittler des Verkehrs zwischen dem Zollverein und der See und als Sammelpunkt preussischer Schiffe ist bereits erwähnt. Umgekehrt ist der Zollverein ein starker Käufer belgischer Erzeugnisse und das Land der Durchfuhr zwischen Belgien und dem Osten Europas. Beide Länder sind Grenzschabern und es durchschneidet die Grenze stammverwandte, zum Theil sogar früher unter demselben Scepter vereinigte Bevölkerungen. Aus diesen Verhältnissen ist eine Fülle gegenseitiger Beziehungen entspringen, welche, ganz abgesehen von allen greifbaren materiellen Interessen, beide Länder vor gegenseitiger Entfremdung warnen und zu enger Verbindung auffordern. Die Würdigung dieser Lage hat beide Regierungen, wie oben näher nachgewiesen, im Jahre 1854 davon zurückgehalten, den Ablauf der gegenwärtigen Verträge zu einem Bruch der bisherigen Beziehungen werden zu lassen. Den nämlichen Rücksichten konnte die Staatsregierung auch heute ihre Beachtung nicht verlagern.“

„Diese Erwägungen sind es, welche die Staatsregierung bestimmt haben, auf die von Belgien dargebotene Grundlage für die Verhandlung einzugehen und welche für die vorliegenden Ergebnisse dieser Verhandlung entscheidend waren.“

Der wichtigste Theil dieser Verhandlungen sind 1 und 2 des Protokolls. „Preußen kam es darauf an, seinen Ausfuhr nach und seinen Bezügen aus Belgien, die von letzterem an andere Staaten zugestandenen Begünstigungen, sofort und ohne die, zur Zeit unmaßgebliche Gewährung von Tarif-Concessionen zuzumenden und zu sichern. Belgien war bereit, unter zwei Voraussetzungen dieser Forderung zu entsprechen. Einmal, daß die gegenseitige Behandlung auf dem Fuße der meist begünstigten Nation als Grundlage für die künftige definitive Gestaltung der gegenseitigen Handelsbeziehungen anerkannt, ein zweites aber der Ausschließung Belgiens von denjenigen Tarifbegünstigungen vorgebeugt werde, welche Preußen dritten Ländern etwa zugestehen möchte.“ Ferner bestand Belgien auf einer England gegenüber gemachten Ausnahme. In seinem Verträge mit England hat nämlich Belgien stipulirt, daß für die drei Artikel: Baumwollgarn, bedruckte Baumwollgewebe, und Gewebe aus Wolle und Baumwolle, sofern die Wolle im Gewichte überwiegt, die an Frankreich zugestandenen Zollsätze ausnahmsweise erst am 1. October 1864 eintreten und, „bis dahin von Baumwollgarnen bis zu Nr. 65 des metrischen Systems höhere Gewichtszölle, von bedrucktem Baumwollgewebe, statt des Werthzollens von 15 pCt. ein Gewichtszoll von 150 Francs für 100 Kilogramme, von halbwoollenen Geweben, statt des Werthzollens von 15 pCt., nach der Wahl des Declaranten, entweder ein Gewichtszoll von 180 Francs für 100 Kilogramme oder ein Werthzoll, und zwar bis zum 1. October 1863 von 22 1/2 pCt.; bis zum 1. Octbr. 1864 von

20 pCt. erhoben werden sollen.“ Diese Maßgabe ist veranlaßt durch die, in der belgischen Baumwoll-Industrie herrschende Krise und durch die Besorgnisse, welche sich deshalb an die unermittelte Anwendung des Tarifs vom 1. Mai 1861 auf die britischen Baumwollfabrikate knüpfen; auch der Schweiz; und jetzt Preußen gegenüber ist sie festgehalten. Die preussische Regierung ist darauf eingegangen, weil „es sich überhaupt nur um einen Uebergangszustand von sechs bis sieben Monaten handelt und die schon während dieses Uebergangszustandes eintretenden Zollermäßigungen sehr beträchtlich sind.“ Weniger erheblich ist eine zweite, in dem belgisch-britischen Verträge vorbehaltene Beschränkung der von Belgien an Frankreich gemachten Zugeständnisse. Für Spiritus soll nämlich die an Frankreich vom 1. October 1864 ab zugestandene Ermäßigung in dem Falle erst mit dem 1. October 1865 eintreten, daß die Eingangszölle von fremdem Spiritus in Großbritannien, unverändert bleibt; diese eventuell um ein Jahr verschobene Ermäßigung beträgt für den Hectoliter von 50 Grad 2 1/2 Francs, und für jeden Grad mehr 5 Cts.“ Endlich ist „eine Verschiedenheit zwischen der Behandlung des Zollvereins und der übrigen mit Belgien in Vertragsverhältnissen stehenden Staaten bei der Ausfuhr vor Abfällen zur Papierfabrikation aus Belgien nicht abzulehnen gewesen. Belgien konnte sich nicht entschließen gleichzeitig die Einfuhr vereinsländischen Papiers zu 1 1/2 Thlr., vom 1. October 1864 ab zu 1 Thlr. 2 Sgr. vom Ctr. und die Ausfuhr der Lumpen nach dem Zollverein zu 1 Thlr. 18 Sgr. vom Ctr. zuzulassen, also die Einfuhr des Fabrikats und die Ausfuhr des Fabrikations-Materials zu erleichtern, ohne für einen von beiden Gegenständen ein Aequivalent zu erhalten. Zur Gewährung eines solchen Aequivalents war Preußen nicht in der Lage und es mußte deshalb eine Ausnahme zugelassen werden, welche übrigens mehr von formeller als materieller Bedeutung ist.“

Der § 2 des Protokolls enthält das Zugeständnis Preußens an Belgien in Bezug auf die Ablösung des Scheldesollens. Die von Belgien für preussische Schiffe gezahlte Summe in der ganzen Periode des Scheldesollens (1839-1862) beträgt 6,699 pCt., im Durchschnitt der letzten sechs Jahre 6,661 pCt. derjenigen Summe, welche Belgien für alle Flaggen, seine eigene ausgenommen, in den entsprechenden Zeiträumen gezahlt hat. Als Maximalbetrag der Quote Preußens für die Ablösung ist die Summe von 454,504 Thlr. festgesetzt. Innerhalb der hierdurch bezeichneten Grenze bleibt die endgiltige Feststellung dieser Quote den Verhandlungen der in Aussicht genommenen allgemeinen Conferenzen vorbehalten. Die Möglichkeit der Ablösung hängt von der Zustimmung Hollands ab. Nachdem indessen durch die Beiträge Belgiens und Englands, Preußens, Russlands und Nordamerikas etwa 70 pCt. des Ablösungscapitals gesichert sind, wird auf das Gelingen des Planes mit Grund zu rechnen sein. — In § 4 wird Belgiens Beitritt zu der Uebereinkunft, betreffend die Zollabfertigung des internationalen Verkehrs auf den Eisenbahnen vom 2. August v. J. geregelt. In Art. 21 dieser Uebereinkunft „ist denjenigen Staaten, deren Eisenbahnen für den Verkehr zwischen dem Zollverein und Frankreich durchfuhrtafeln bilden, der Beitritt zu der Uebereinkunft vorbehalten. Belgien gehört in erster Linie zu diesen Staaten, und auf seinen Wunsch ist in dem vorliegenden Paragraphen die Form für den vorbehaltenen Beitritt näher bestimmt.“

Der Schiffahrtsvertrag hatte in der Hauptsache lediglich die Aufgabe, dasjenige, was sich beide Contractanten schon jetzt ohne Vertrag gewähren, für die Zukunft vertragsmäßig festzustellen. Diese Aufgabe war dadurch wesentlich erleichtert, daß die Schiffahrtsgesetzgebung beider Contractanten in ihren Grundlagen übereinstimmt. Beide kennen keine differentielle Begünstigungen der Provenienz und eine ungünstige Behandlung der Fremden gegen die eigene Flagge nur als Erweiterung gleicher Ungunst anderer Länder. Es war daher zulässig, die ausführlichen, in zahlreiche Einzelbestimmungen eingehenden Bestimmungen, welche unter anderen Voraussetzungen häufig nicht zu vermeiden sind, durch die in den Art. 1, 3 und 7 des Vertrages enthaltene, einfache und kurze Zugabe vollständiger Reciprocität zu ersetzen. — Bei der Entrichtung der Schiffahrts-Abgaben die in dem einen Staate geltenden Maßstabe in dem anderen Staate zu Grunde zu legen, war wegen der nach einem anderen Maßstabe stattfindenden Berechnung der Vorkostengebühren auf den mit Holland gemeinschaftlichen Gewässern nicht zulässig; eine allgemeine Verständigung über eine gemeinschaftliche Bemessungsmethode ist in Aussicht genommen. — Die eigentlichen Ausführungsbestimmungen sind dem belgisch-englischen Verträge entnommen.

Die Literar-Convention stimmt, abgesehen von vier Punkten, mit der gleichnamigen Convention zwischen Preußen und Frankreich vom 2. August v. J. wörtlich überein. „Der auf die Eingangszollfreiheit von literarischen und Kunstzeugnissen bezügliche Art. 13 der Convention vom 2. August v. J. hat ausfallen müssen, da Preußen nicht in der Lage war, seinerseits die Zollfreiheit zuzugestehen. Die vereinsländischen Erzeugnisse dieser Art werden auf Grund der Verabredung im § 1 des Protokolls in Belgien die Zollfreiheit genießen.“

Der Art. 23 des französischen Handelsvertrages ist als Art. 16 in die vorliegende Uebereinkunft aufgenommen. „Es ist anzuerkennen, daß der Schutz von Waarenbezeichnungen u. z. zum Schutze des literarischen und künstlerischen Eigenthums nur in entfernter Beziehung steht, und nicht sowohl in einer Literar-Convention, als vielmehr in einem Handelsvertrage seine richtige Stelle findet. Da aber der Abschluß eines Handelsvertrages nicht angänglich war, da gegen die von Belgien gewünschte Verständigung über den Gegenstand sachliche Bedenken nicht obwalteten, da es nicht angemessen erschien, diese Verständigung zum Gegenstande eines besonderen, nichts Weiteres enthaltenden Vertrages zu machen, und da dieselbe mit dem Schiffahrtsvertrage in gar keinem inneren Zusammenhange stand, so ist sie in die Uebereinkunft aufgenommen worden.“

### Osmanisches Reich.

**Konstantinopel, 28. März.** [Der Sultan] hat das Reise-feber. Wie lange er auf seinem Aufzuge verweilen wird, ist natürlich nicht unbedingt festgesetzt, doch kehrt er jedenfalls vor Ende April zurück, weil alsdann in Egypten und Syrien die Sommerhitze beginnt. Von der ganzen Expedition erwartet man nicht viel. Die Wiederherstellung der zerrütteten Gesundheit des Sultans ist die Hauptsache. Hat er die Schwindsucht nicht, so ist er wenigstens auf dem besten Wege, sie zu bekommen, denn sein Aeußeres deutet bereits auf einen Mann, der mit einem Fuß im Grabe steht. Die Heilhaft der egyptischen Luft für Leidende seiner Art ist in Ruf gekommen; indes beharrt sich dieselbe gewiß nur unter Umständen und nicht in allen Fällen. (Triester Ztg.)

### Russland.

#### Kruschen in Polen.

[Die engl. Expedition nach Polen.] Die „Opinion Nationale“ erstattet Bericht über die Expedition nach Polen, die von England ausgegangen ist. Dieselbe verließ am 21. März London und schiffte sich in Southampton auf dem Dampfer Ward Jackson ein, der der londoner West-Hartlepool-Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehört; der Capitän des Schiffes war Walkerley. Die polnische Legion bestand aus 158 Mann, darunter 28 Officiere: Magnuski für die Infanterie, Tyszkiewicz für die Cavallerie, Ballance, ein junger Franzose, für die Artillerie. Am 25. März warf der Dampfer im schwedischen Hafen Helsingborg Anker; hier stieß Bakunin zu der Expedition. Zugleich erfuhr man hier, daß man in Petersburg bereits Bind von dem Unternehmen erhalten habe. Man beschloß da-her, zuerst Emisäre vorauszuschicken und mit Vorsicht voranzugehen. Indes verlor der Capitän den Muth, und als die Expedition nach Kopenhagen kam, ging er ans Land und trat mit seinen Matrosen in geheime Unterhandlung, so daß die ganze Mannschaft abbrückte. Die Expedition hat den Capitän nun, sie wenigstens nach Malmo auf schwed. Gebiet zu führen, während Bakunin zum englischen Gesandten eilte, um Beschwerte zu führen. Zugleich trat man mit dem Agenten G. R.



Hanzen in Verhandlung. Dieser stellte Matrosen und brachte die Expedition nach Malmö, wo sie mit Jubel von der Bevölkerung begrüßt wurde.

Kowno, 31. März. [Der Aufstand wächst. — Russische Barbareien. — Gefechte.] Der Aufstand ist im Gouvernements Kowno im Wachsen. Es bilden sich neue Abtheilungen, die alten nehmen an Zahl zu.

[Großartiger Betrug.] Ueber einen vor kurzem gegen stettiner und berliner Getreidehändler verübten großartigen Betrug giebt die „Bank- u. Handelszeitung“ folgende Details: „Der Inhaber einer weniger durch Solidität als durch verwegene und umfangreiche Speculationen bekannt gewordenen Breslauer Firma, Julius R. A. Nocht, verpfändete in den letzten Tagen der vorigen Woche eine Anzahl von Connoissemments über schwimmende Getreideladungen, hauptsächlich Hafer, von welchen sich jetzt herausstellt, daß sie sämmtlich gefälscht sind und die Ladungen, über welche sie sprechen, nicht existiren.“

Woson, 8. April. [Zur Convention.] Am 24. März kam auf die Aufforderung des commandirenden Offiziers der russischen Grenzwache ein höherer preussischer Offizier, dessen Abtheilung in der Nähe von Kruschwitz steht, nach dem polnischen Städtchen Piotrkowo zydowski, um über gemeinsame Operationen gegen die Insurgenten nähere Rücksprache zu nehmen.

Woson, 8. April. [Räuberbanden.] Der Müller Joseph Böhm zu Sosnowe, jenseits der Grenze, wurde dieser Tage, und zwar des Nachts, von einer Bande überfallen, zur Herausgabe des angeblich im Besitz habenden Papiergeldes aufgefordert und dabei mit Mißhandlungen bedroht.

Görlitz, 5. April. Nach Bommern und einigen Districten Ostpreußens ist kaum ein Landestheil in Preußen, in dem das feudale Gehirn so wunderliche Plänen treibt, wie die Oberlausitz, und diese Abnormitäten sind um so auffälliger, weil sie mit dem Liberalismus, der in der Oberlausitz dominiert, in so schroffem Gegensatz stehen.

Krakau, 8. April. [Gefechte bei Szklary und Kuznianka.] „Gaz“ vom 8. dies. Mitt. berichtet von zwei Gefechten, welche am 4. und 5. d. Mitts., das eine bei Kuznianka in weitaus größerer Nähe von Praszka, das zweite bei Szklary, einem 1 1/2 Meilen von Dluszj entfernten Dorfe, stattgefunden haben.

Das Gefecht bei Kuznianka wurde von einer wohlbewaffneten, wenn auch kleinen, denn nicht mehr als 150 Mann betragenden Schaar, von Drinski angeführt, befehden. Sie wurde unerwartet von einer ihre Kräfte weit überbietenden, 500 Infanteristen und 100 Kosaken starken feindlichen Kolonne angegriffen.

Das Gefecht bei Szklary wurde von einer wohlbewaffneten, wenn auch kleinen, denn nicht mehr als 150 Mann betragenden Schaar, von Drinski angeführt, befehden. Sie wurde unerwartet von einer ihre Kräfte weit überbietenden, 500 Infanteristen und 100 Kosaken starken feindlichen Kolonne angegriffen.

belief sich auf 10 Tödt und 2 Gefangene. Da gegen das Ende des Kampfes Drinski mit seiner Schaar sich tief in den Wald, wenn auch in der besten Ordnung zurückgezogen hatte, so wurden die zurückgelassenen Verwundeten beim Vordringen der Russen ohne Erbarmen von den Kosaken niedergestochen.

Woson, 8. April. [Zur Convention.] Am 24. März kam auf die Aufforderung des commandirenden Offiziers der russischen Grenzwache ein höherer preussischer Offizier, dessen Abtheilung in der Nähe von Kruschwitz steht, nach dem polnischen Städtchen Piotrkowo zydowski, um über gemeinsame Operationen gegen die Insurgenten nähere Rücksprache zu nehmen.

Woson, 8. April. [Zur Convention.] Am 24. März kam auf die Aufforderung des commandirenden Offiziers der russischen Grenzwache ein höherer preussischer Offizier, dessen Abtheilung in der Nähe von Kruschwitz steht, nach dem polnischen Städtchen Piotrkowo zydowski, um über gemeinsame Operationen gegen die Insurgenten nähere Rücksprache zu nehmen.

Woson, 8. April. [Zur Convention.] Am 24. März kam auf die Aufforderung des commandirenden Offiziers der russischen Grenzwache ein höherer preussischer Offizier, dessen Abtheilung in der Nähe von Kruschwitz steht, nach dem polnischen Städtchen Piotrkowo zydowski, um über gemeinsame Operationen gegen die Insurgenten nähere Rücksprache zu nehmen.

Woson, 8. April. [Zur Convention.] Am 24. März kam auf die Aufforderung des commandirenden Offiziers der russischen Grenzwache ein höherer preussischer Offizier, dessen Abtheilung in der Nähe von Kruschwitz steht, nach dem polnischen Städtchen Piotrkowo zydowski, um über gemeinsame Operationen gegen die Insurgenten nähere Rücksprache zu nehmen.

Meteorologische Beobachtungen. Table with columns: Barometer, Lufttemperatur, Windrichtung und Stärke, Wetter. Data for Breslau, 8. April 10 u. Ab. and 9. April 6 u. Morg.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten. Paris, 8. April, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 69, 75, stieg auf 69, 95 und schloß fest zu diesem Course. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92 1/2 eingetroffen.

Wien, 8. April, Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Etwas matter. 5proz. Metall 76, 90. 4 1/2proz. Metall 69, 25. 1854er Loose 95, 50. Bank-Aktien 802. Nordbahn 182, 40. National-Anleihe 81, 60. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 221, 50. Creditaktien 206, 60. London 110, 20. Hamburg 82, 25. Paris 43, 70. Gold —. Silber —. Böhmische Westbahn 163, —. Lombardische Eisenbahn 264, —. Neue Loose 133, 40.

Hamburg, 8. April, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse schloß fest. Loose besonders begehrt. Fynn. Anleihe 90%. Schluss-Course: National-Anleihe 73%. Oesterr. Credit-Aktien 93. Vereinsbank 103 1/2. Norddeutsche Bank 107%. Rheinische 103 1/2. Nordbahn —. Disconto —. Wien —. Petersburg —.

Hamburg, 8. April. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest aber ruhig, abwärts stülte. Roggen loco unverändert, ab Dstee fester, pr. April-Mai 71 bezahl, zu 72-73 zu haben. Del pr. Mai 3 1/2, pr. Okt. 2 3/4. Raffee fest; die Stimmung bleibt günstig. Ungefähr 5000 Sack Rio und Santos verkauft. Zink 6000 Ctr. loco 1 1/2 ungefeht.

London, 8. April. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen beinahe geschäftslos. Frühjahrgetreide unverändert. — Weiter regnerisch. Antwerpen, 7. April. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen fest, ziemlich lebhaft. Raps April 89, October 7 1/2. Rübsel Mai 48 1/2, Herbst 42.

Berlin, 8. April. Die Realisationslust wird an allen Börsen überwiegend. Die Wirkungen derselben, schon gestern nicht unmerklich hervortretend, machten sich heute um so stärker geltend, als auch die leichten ausländischen Börsen in den letzten Depeschen Symptome eines Umschlages der bisherigen Haufe erkennen lassen.

Berliner Börse vom 8. April 1863.

Fonds- und Geld-Course. Eisenbahn-Stamm-Aktionen. Table with columns: Name, Course, etc. Includes Staats-Anl., Präm.-Anl., Kur- u. Neumark, Pommersche, etc.

Bank- und Industrie-Papier. Table with columns: Name, Course, etc. Includes Preuss. Bank-A., Berl. Kassen-Ver., Danziger Bank, etc.

Berlin, 8. April. Weizen loco 58-68 Thlr. nach Qualität, feiner weißer poln. 68-67 Thlr. ab Kahn bez., ordin. poln. 63 Thlr. ab Boden bez. — Roggen loco 81-83 1/2. 2 Ladungen 45 1/2-1/2 Thlr. bez., Frühjahrsjahr 45-1/2-1/2 Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 45-1/2-1/2 Thlr. bez., und Gld., 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli 45-1/2-1/2 Thlr. bez., Juli-Aug. 45-1/2-1/2 Thlr. bez., — Gerste, große und kleine, 31-38 Thlr. pr. 1750 Pfd.

Breslau, 9. April. Wind: veränderlich. Wetter: regnet. Thermometer früh 5° Wärme. Der Geschäftsverkehr war am heutigen Markte bei beschränktem Angeboten ohne Umfang.

Table with columns: Name, Course, etc. Includes Weißer Weizen, Gelber Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.